

Ulrike Ackermann

Vater Staat und seine Kinder

(Frankfurter Allgemeine Sonntagszeitung, 27.11.2005)

In seiner Schrift *Die Zukunft einer Illusion* widmet sich Sigmund Freud 1927 den Sehnsüchten und Wünschen des Menschen nach einer behaglichen, gerechten Welt, in der für ihn gesorgt wird, seinem Schutzbedürfnis entsprochen und damit seine eigene Hilflosigkeit erträglich wird. In der Religion, bei Gott-Vater findet der Mensch solch tröstliche Versicherungen. „Der Vater hat das schwache, hilflose, allen in der Außenwelt lauernden Gefahren ausgesetzte Kind beschützt und bewacht; in seiner Obhut hat es sich sicher gefühlt. Als Erwachsener mag er auch jetzt nicht auf den Schutz verzichten, den er als Kind genossen hat. Längst hat er aber erkannt, daß sein Vater ein in seiner Macht eng beschränktes, nicht mit allen Vorzügen ausgestattetes Wesen ist. Darum greift er auf das Erinnerungsbild des von ihm so überschätzten Vaters der Kindheit zurück, erhebt es zur Gottheit und rückt es in die Gegenwart und in die Realität.“ An anderer Stelle heißt es bei Freud: „Wenn wir die religiösen Lehren als Illusionen erkannt haben, erhebt sich die Frage, ob nicht auch anderer Kulturbesitz, den wir hochhalten und von dem wir unser Leben beherrschen lassen, ähnlicher Natur ist. Ob nicht die Voraussetzungen, die unsere staatlichen Einrichtungen regeln, gleichfalls Illusionen genannt werden müssen?“

Zu diesem Kulturbesitz zählt zweifellos auch das deutsche Verständnis vom Sozialstaat, das nun einem zähen und schmerzhaften Desillusionierungsprozeß unterworfen ist. Ein Großteil der Bevölkerung hegt immer noch die Sehnsucht, Vater Staat möge für eine soziale und gerechte behagliche Welt sorgen

- eine Illusion, die seit Jahrzehnten nicht nur zu Wahlkampfzeiten von der politischen Klasse bedient wird. Aber Vater Staat ist längst bankrott und wir verzeichnen die höchste Arbeitslosigkeit in der Geschichte der Republik. Bund, Länder und Gemeinden haben mittlerweile einen Schuldenberg von insgesamt 1,4 Billionen Euro angehäuft; die Pro-Kopf-Verschuldung der Bevölkerung hat damit ihr historisches Höchstmaß von 17.500 Euro erreicht. 48% des staatlichen Budgets sind Sozialausgaben, 14% werden für die laufende Tilgung der Verschuldung verwendet. Doch die strukturelle Krise der Volkswirtschaft hat sich bereits seit den 70er Jahren in einer beunruhigenden Korrelation zwischen zunehmender Staatsverschuldung und struktureller, unabhängig vom Konjunkturverlauf größer werdender Arbeitslosigkeit angebahnt. Seit langem pfeifen es nicht nur die Wirtschaftsexperten von deutschen Dächern, daß die im europäischen Vergleich zu hohen Lohnnebenkosten die Wirtschaftskraft hierzulande empfindlich dämpfen. Das Rentensystem ist längst aus den Angeln gehoben und der Konkurs wird auf die nachfolgenden Generationen übertragen. Doch grundlegende Reformen des so geliebten und gepöppelten Sozialstaats blieben aus. Um die Gunst der Wählerschaft zu gewinnen - immer mit Verweis auf die unterstellten Widerstände in der Bevölkerung -, leugnen die beiden großen Volksparteien weiterhin die tiefe Krise des Wohlfahrtsstaats. Stattdessen nährten sie noch im jüngsten Wahlkampf mit Parolen über soziale Gerechtigkeit oder „Sozial ist, was Arbeit schafft“, die große Illusion, eine Regierung könne Arbeitsplätze schaffen und die Vollbeschäftigung aus alten Zeiten herbeizaubern. Neben Globalisierung und Wirtschaftskrise ist aber mit der deutschen Wiedervereinigung

nicht nur der realexistierende Sozialismus der alten DDR, sondern auch das alte BRD-Modell des rheinischen Kapitalismus untergegangen. Gerade die historische Zäsur der Wiedervereinigung hätte die Chance des Aufbruchs in eine strukturelle Modernisierung des Sozialstaats geboten. Warum mündete der Sieg der Freiheit und Demokratie nicht in einer Neubewertung der staatlichen Aufgaben, gar in einer Revision der privaten Forderungen nach umfassender Daseinsvorsorge? Dies hätte auch eine Befreiung von staatlicher Bevormundung und regulierungssüchtiger Bürokratie bescheren können. Stattdessen waltet bis heute die Angst vor Veränderung, vor Deregulierung, Innovation und Flexibilität. Freiheit wird in Deutschland nicht als Eigenverantwortung, Risikobereitschaft, Selbsttätigkeit und Gestaltungsoptionen des Individuums begriffen, sondern erschöpft sich in der sozialen Sicherheit, die Vater Staat den Bürgern lange Zeit garantieren konnte. Selbst der Preis seiner Bevormundung war ihnen dafür offensichtlich nicht zu hoch. Doch an Wagemut und Beweglichkeit gebricht es auch der politischen Klasse und den Interessensverbänden, wie der deutsche Korporatismus vom Gesundheitswesen bis zur Tarifpolitik zeigt. Keiner will vertraute Sicherheiten zugunsten einer riskanten Freiheit mit offener Perspektive, gar einem Zuwachs an Selbstbestimmung aufgeben.

Die seit Otto von Bismarck währende staatliche Sozialpolitik, eine Melange aus Etatismus und Korporatismus, hat sich tief in die deutsche Mentalität eingegraben. Sie wurde erfolgreich als innenpolitisches Instrument zur Konsolidierung gesellschaftlicher und politischer Stabilität angewendet. Fortgesetzt, weiterentwickelt und vertieft durchzieht sie als roter Faden kontinuierlich die deutsche Geschichte vom Kaiserreich, der Weimarer Republik, dem Nationalsozialismus und dem

DDR-Kommunismus, bis zum prosperierenden Nachkriegsdeutschland. Das Selbstverständnis der Deutschen, der Staat habe die Risiken seiner Bürger zu tragen und soziale Gerechtigkeit auszugleichen, hat also eine lange Tradition. Hitlers nationaler Sozialismus bediente die Sehnsüchte nach staatlicher Fürsorge ebenso wie später die Sozialistische Einheitspartei in der DDR. Götz Aly hat in seinem äußerst erhellenden Buch über „Hitlers Volksstaat“ darauf hingewiesen: Hitler erkaufte sich die Zustimmung der Massen nicht zuletzt mit dem Ehegattensplitting, Kilometerpauschalen und den Zuschlägen für Sonn- und Feiertagsarbeit. Mitten im Krieg 1941 erhöhte er die Renten um 15%.

Schon 1927 konstatierte der liberale Jurist und Ökonom Ludwig von Mises scharfsinnig: „Der Haß gegen den Liberalismus ist das Einzige, in dem sich die Deutschen einig sind.“ Den Deutschen ist die von der Französischen Revolution und später der amerikanischen Verfassung postulierte Gleichheit der Bürger vor dem Gesetz im Laufe ihrer Geschichte offenkundig zusammengeschmolzen auf die soziale Gleichheit. Sie sehen sich in erster Linie nicht politisch als Staatsbürger einer Demokratie, sondern beziehen ihre Identität aus dem Sozialstaat. Daran hat selbst die historische Zäsur von 1989 nicht rütteln können. Der obwaltende Sozialetatismus und Arbeitskorporatismus, Erbschaften aus beiden deutschen Diktaturen, sorgen bis heute dafür, daß Gleichheit und soziale Gerechtigkeit in unserer Gesellschaft immer noch höhere Güter sind als die Freiheit.

Doch allmählich gerät der Mythos vom permanent wachstumsfähigen Versorgungsstaat in Erosion - wie der Wahlausgang gezeigt hat. Die große Koalition spiegelt zumindest die Ambivalenz der deutschen Seele wider: sie steht

für die Einsicht in die Notwendigkeit grundlegender Veränderungen und zugleich für die Angst davor. Befremdlich und realitätsverleugnend sind deshalb Einwürfe wie jene von dem einstigen christdemokratischen Sozialpolitiker Norbert Blüm, der das Ende des „neoliberalen Irrwegs“ feiert, der angeblich abgewählt worden sei. Wo doch die Hälfte der Deutschen angesichts des Scheiterns der rot-grünen Koalition ein Votum für grundlegende Reformen des Sozialstaats abgegeben hat. Doch Eigenverantwortlichkeit der Bürger, Wettbewerb und weniger Staat als Komponenten tätiger Freiheit, die Raum gibt, unterschiedliche Optionen eigenständig wählen zu können, werden immer wieder mit dem Schimpfwort des ‚Neoliberalismus‘ belegt. Diese Einschätzung scheinen sich inzwischen auch die Großkoalitionäre zu eigen gemacht zu haben. In der Tradition des konservativen Interventionstaats beginnen sie ihre Arbeit mit einem Verfassungsbruch, nämlich der beschlossenen Neuverschuldung des Staates um 41 Milliarden Euro im nächsten Jahr. Angesichts der Lücke zwischen laufenden Ein- und Ausgaben des Staates von 100 Milliarden pro Jahr werden nicht etwa die Staatsausgaben in relevantem Maße reduziert, sondern die Steuern erhöht - auf daß noch mehr im Staatsmloch verschwinden möge.

Sozial- wie Christdemokraten folgen damit der Adenauerschen Staatsdoktrin: „Keine Experimente!“ Ihm hatte Ludwig Erhard Ende der 50er Jahre im Streit um die deutsche Wirtschaftspolitik warnend entgegengehalten: „Die Entwicklung zum Versorgungsstaat wird nicht unwesentlich auch durch den deutschen Hang zum übersteigerten Ordnungsdenken, zum Gesetzesperfektionismus und das darauf beruhende Vordringen des Staates in immer weitere private, wirtschaftliche und kulturelle Bereiche gefördert.“ Man kann nur hoffen, daß

Kanzlerin Angela Merkel als bekennende Erhard-Anhängerin wieder Boden unter den Füßen gewinnt und ihren Ruf als Reformerin auszufüllen vermag. Denn am grundlegenden Umbau des Sozialstaats wird keine Regierung vorbeikommen, auch wenn die Veränderungen und Revisionen schmerzvoll und von Angst begleitet sein werden. Das Zustandekommen einer schwarz-gelb-grünen Koalition ist zunächst einmal an der Verzagtheit und Ängstlichkeit der politischen Klasse gescheitert - auch wenn diese Jamaica-Koalition den Gemütszustand der Nation adäquater widergespiegelt hätte. Aber man wollte ja „keine Experimente“. Obwohl gerade dieses Experiment die Chance eröffnet hätte, die liberalen Kräfte der Republik zu bündeln und als Querschnitt sichtbar zu machen - mit der Option, streitlustig eine Politik der Freiheit zu entwerfen. Dieser Lichtblick ist uns bisher leider nicht vergönnt gewesen. Nun liegt die Verantwortung bei den Bürgern und den Großkoalitionären, die man wohl kräftig ermuntern muss, die Krise, in die Gesellschaft und Staat geraten sind, als Herausforderung zu begreifen: für den Aufbruch in eine Politik, in der sich Freiheit und Demokratie nicht nur im so lieb gewonnenen Sozialstaat erschöpfen. Sie böte zudem für alle die Chance, endlich unabhängig vom großen Vater Staat erwachsen, mündig und realitätstüchtig zu werden. Denn „die Welt ist keine Kinderstube“, wie Sigmund Freud 1932 so weise voraussagte.

Die Verfasserin ist freie Autorin und Sozialwissenschaftlerin